

## **Land hält Neubaustrecke für „zwingend erforderlich“**

### **Al-Wazir richtet Prüfbitten an den Bund – Land geht mit Positionierung über Ergebnis der Korridorstudie hinaus**

#### **Müller-Klepper: „Ausbaustrecke allein ist keine Lösung – Neubaustrecke jetzt im Bundesverkehrswegeplan verankern“**

**Rheingau.** Die Hessische Landesregierung hält eine Neubaustrecke, auf die der Güterzugverkehr aus dem Rheintal verlagert wird, für „zwingend erforderlich“. Die Landtagsabgeordnete Petra Müller-Klepper begrüßt diese Positionierung zur Korridorstudie, die Verkehrsminister Tarek Al-Wazir bei einem Gespräch mit Vertretern der Region vorgenommen hat, und seine Ankündigung, eine entsprechende Prüfbitten an den Bund zu richten.

„Ich bin erleichtert und dankbar, dass das Land sich beim Bund für eine grundlegende Lösung in Form einer Neubaustrecke einsetzt und damit über das Votum der Gutachter hinausgeht. Sie lehnen eine Neubaustrecke ab und sehen im Ausbau der Achse Hagen/Köln-Siegen-Gießen-Hanau die einzig sinnvolle Alternative zur rechts- und linksrheinischen Strecke“, erklärte die CDU-Politikerin. Sie hatte bereits im März nach der Präsentation der Studienergebnisse die Beschränkung auf die Ausbaustrecke abgelehnt. „Dies ist nur ein erster Schritt, der zwar eine leichte Entlastung, aber keine Lösung bringt. Durch den Ausbau der Alternativroute wird nur eine Gesamtentlastung von 20 Güterzügen pro Tag rechts und links des Rheins erreicht. Das hilft den Menschen an der Bahnstrecke, die Tag und Nacht unter einer enorm hohen Lärmbelastung leiden, nicht. Wir brauchen darüber hinaus in einem weiteren Schritt eine Neubaustrecke, damit der Güterzugverkehr aus dem Rheintal heraus kommt.“

#### **Land und Region ziehen an einem Strang für politische Lösung**

Es gelte, jetzt die Neubaustrecke im Bundesverkehrswegeplan 2015 zu verankern, „sonst ist der Zug bis 2030 abgefahren“, betonte die Abgeordnete. Die Dringlichkeit werde von Minister Al-Wazir genauso gesehen. „Das Land und die Region ziehen hier an einem Strang, wie der Austausch im Verkehrsministerium gezeigt hat“, so Petra Müller-Klepper. Minister Al-Wazir werde dem Bund vorschlagen, dass zeitnah eine Expertengruppe eingerichtet wird, die sich mit der Frage einer Neubaustrecke befasst mit dem Ziel, dass diese Eingang in den Bundesverkehrswegeplan finde.

„Wir brauchen eine politische Entscheidung für eine Neubaustrecke, bei der gewichtige Gründe wie der Lärmschutz, der Welterbe-Status, die Auswirkungen auf Tourismus und Regionalentwicklung angemessen berücksichtigt werden“, forderte Petra Müller-Klepper. In die Korridorstudie seien diese Aspekte nicht oder nur zum Teil eingeflossen.

#### **Lärmschutz an Bestandsstrecke ausbauen**

Parallel dazu müssten alle Anstrengungen für weiteren Lärmschutz an der Bestandsstrecke unternommen werden. Man sei auf einem guten Weg, um die Finanzierung der Maßnahmen aus der Machbarkeitsstudie sicherzustellen. Minister Al-Wazir habe bei dem Treffen versichert, dass das Land Hessen dem Ausbau der Lärmschutzmaßnahmen im Mittelrheintal hohe Priorität beimesse und es sich „trotz Nichtzuständigkeit“ an der Finanzierung beteiligen werde.

Wie Dr. Veit Steinle, Abteilungsleiter im Bundesverkehrsministerium, bei dem Treffen berichtete, sind seit der Veröffentlichung der Korridorstudie im März rund 2.500 Eingaben von Einzelpersonen und aus dem kommunalen Bereich beim Bundesverkehrsministerium eingegangen. Diese werden nun geprüft. Das Verfahren zur Erstellung des Bundesverkehrswegeplans befinde sich derzeit in der so genannten Bewertungsphase, in der die angemeldeten Projekte bewertet werden. Sie soll bis Ende Oktober abgeschlossen sein. Hieran schließe sich die strategische Umweltprüfung an, ehe der Planentwurf im Bundeskabinett beraten und dann in Gesetzesform gefasst werde.